

Ringen um Förderangebote

Kantonsrat: Revision des Volksschulgesetzes

Das Luzerner Kantonsparlament will die Gemeinden bei der Betreuung von Problem-schülern weniger stark in die Pflicht nehmen als der Regierungsrat. Es hat sich dafür ausgesprochen, dass Sprachförderung und Schulsozialarbeit nicht flächendeckend angeboten werden müssen.

Das Parlament stimmte am Montag nach erster Lesung einer Revision des Volksschulbildungsgesetzes mit 97 zu 0 Stimmen zu. Die Vorlage sei keine Schulreform, sagte Bildungsdirektor Reto Wyss. Sie setze Aufträge des Parlamentes um und solle die heutige Praxis im Gesetz verankern.

Späterer Schuleintritt

Ein Teil der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Änderungen war im Parlament denn auch unbestritten, so die Anhebung des Schuleintrittsalters um drei Monate. Damit kann erreicht werden, dass am Ende der obligatorischen Schulzeit neu alle Jugendliche alt genug sind, um eine Lehre starten zu dürfen.

Diskussion um Schulsozialarbeit

Nicht der Regierung folgen möchte das Parlament aber bei der Schulsozialarbeit und der frühen Sprachförderung für fremdsprachige Kinder. Hier nahm der Kantonsrat die Gemeinden ein Stück weit aus der Pflicht.

Der Regierungsrat schlug vor, dass die Schulsozialarbeit neu ein zwingendes Schulangebot der Gemeinden sein solle, analog etwa dem schulärztlichen Dienst. Das Parlament sprach sich aber mit 76 zu 27 Stimmen für eine «Kann»-Formulierung aus.

Die Gemeinden sollten für die Schulsozialarbeit pragmatische Lösungen finden können, sagte Thomas Grüter

(CVP, St. Urban) namens der Ratsmehrheit. Es sollten keine überflüssigen Strukturen errichtet werden, damit die Kosten im Griff blieben.

Jacqueline Mennel (SP, Emmenbrücke) kritisierte vergeblich, dass freiwillige Angebote leicht Sparübungen zum Opfer fallen könnten. Langfristig könne dies ein Bumerang sein, denn die Schulsozialarbeit könne Probleme frühzeitig angehen.

Markus Baumann (GLP, Luzern) unterstützte Mennel. Er sagte, die gesetzliche Grundlage für die Schulsozialarbeit sei nötig, damit der Kanton diese finanziell unterstützen könne.

Bereits heute haben alle Sekundarschulen eine Sozialarbeit. In der Primarschule verfügen etwa 15 der 82 Gemeinden noch über kein entsprechendes Angebot.

Sprachförderung freiwillig

Keine Mehrheit fand auch, mit ähnlichen Argumenten, das Ansinnen der Regierung, die frühe Sprachförderung für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen als verbindliche Aufgabe ins Gesetz aufzunehmen. Das Parlament sprach sich auch hier für Freiwilligkeit aus, und zwar mit 77 zu 22

Stimmen. Willi Knecht (SVP, Geiss) begründete diese Haltung damit, dass dem Kostenwachstum der Riegel vorgeschoben werden müsse.

Überstimmt wurde auch bei diesem Thema die Linke. Wer von ausländischen Arbeitskräften profitieren wolle, müsse auch etwas für die Integration tun, sagte Monique Frey (Grüne, Emmen). Ohne spezielles Angebot werde die ganze Arbeit dem Kindergartenpersonal aufgebürdet.

Eltern in die Pflicht nehmen

Der Rat bekräftigte aber den Vorschlag der Regierung, dass die Eltern zur Mitfinanzierung der Sprachförderung sollen verpflichtet werden können. Der Regierungsrat geht davon aus, dass von den rund 4000 Kindern eines Jahrgangs 600 ein solches Unterstützungsangebot nötig haben.

Weiter werden die Schulpflegen in Bildungskommissionen umgewandelt. Hier drehten sich die Diskussionen vor allem um die Kompetenzen. Gaudenz Zemp (FDP, St. Niklausen) etwa sprach sich dafür aus, dass im Normalfall diese Kommission nur beratend tätig sein solle, er unterlag aber damit. [sda/EA]

kurz gemeldet

Daniel Piazza Vizepräsident der CVP-Kantonsratsfraktion



Die Kantonsratsfraktion der CVP hat den Malterser Kantonsrat Daniel Piazza (Bild) einstimmig zu ihrem neuen Vizepräsidenten gewählt. In dieser Funktion ersetzt er Andrea Gmür, die im Herbst 2015 in den Nationalrat gewählt worden ist. Das Präsidium der CVP-Kantonsratsfraktion setzt sich neu aus dem Präsidenten Ludwig Peyer (Willisau, bisher) und den beiden Vizepräsidenten Adrian Bühler (Eschen-

bach, bisher) und Daniel Piazza (Malters, neu) zusammen.

Daniel Piazza ist seit 2013 Geschäftsführer der CVP Schweiz. Am 1. Mai 2016 wird er seine neue Stelle als Leiter Unternehmenskommunikation bei den Central-schweizerischen Kraftwerken AG antreten. Piazza ist 37 Jahre alt, verheiratet, Vater einer Tochter und lebt mit seiner Familie in Malters. Er hat nach der Lehre zum kaufmännischen Angestellten an der Hochschule Luzern Betriebsökonomie studiert, anschliessend hat er sich an der Universität St. Gallen zum lic. oec. HSG ausbilden lassen. An derselben Universität schloss er das Doktorat in Organisation und Kultur ab. [pd]



Die Zentral- und Hochschulbibliothek in Luzern soll für rund 20 Millionen Franken saniert werden. [Bild zVg]

Die ZHB kann definitiv saniert werden

Kantonsrat: Sanierungskredit gutgeheissen

Der Luzerner Kantonsrat hat 20 Mio. Franken für die Sanierung der 1951 erbauten Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) in Luzern gesprochen.

Das im Juni 2010 vom Kantonsrat gutgeheissene ursprüngliche Sanierungsprojekt war von 18,9 Millionen Franken ausgegangen. Diese Planung war aus finanziellen Gründen gestoppt und dann vom Kantonsparlament abgebrochen worden. Gefordert wurde statt einer Sanierung ein Abriss des Gebäudes und ein grosserer Neubau, in dem auch das Kantonsgericht zu integrieren sei. – Die Stadt und Denkmalpfleger wehrten sich gegen diese Abrisspläne. 2014 hiessen die Stimmberechtigten der Stadt eine Initiative gut, die den Abriss des Gebäudes verunmöglichte. 2015 wurde der Bau von Otto Dreyer im «Vögelgärtli» unter Denkmalschutz gestellt.

Ausser Spesen nix gewesen

Die dringliche Sanierung sei mit unmöglichen Ideen verzögert worden, resümierte Katharina Meile (Grüne, Luzern) die jüngste ZHB-Geschichte. Die ganze Diskussion habe nichts ge-

bracht ausser Mehrkosten, sagte Marcel Budmiger (SP, Luzern). Josef Wyss (CVP, Eschenbach) und Herbert Widmer (FDP, Luzern) waren sich einig, dass die ZHB nicht im jetzigen schlechten Zustand belassen werden könne, sondern saniert werden müsse.

Nicht mit den Sanierungsplänen abfinden konnte sich die SVP. Daniel Keller (SVP, Udligenswil) sagte, im Falle der ZHB gelte der Grundsatz «wer zahlt befehlt» offenbar nicht. Die Stadt wolle eine aufwendige Sanierung, weigere sich aber, daran zu zahlen. Keller beantragte Rückweisung und forderte, dass die Planung der Sanierung sistiert werde, damit der Kanton mit der Stadt eine Kostenbeteiligung vereinbaren könne. Die Stadt müsse mindestens zehn Prozent der Sanierungskosten tragen, forderte Keller. Regierungsrat Marcel Schwerzmann verteidigte das Bauprojekt und warnte vor einer Rückweisung. Man dürfe keine weitere Schlaufe mehr drehen.

Das Parlament lehnte die von der SVP beantragte Rückweisung mit 72 zu 35 Stimmen ab. Mit 64 zu 44 Stimmen kürzte es aber den Kreditantrag der Regierung von 20,7 Millionen Franken um 650 000 Franken. Es handelte sich dabei um Baureserven. Der Kredit wurde mit 67 zu 37 Stimmen genehmigt. [sda/EA]

eindrücke aus dem Kantonsrat

Bildungskosten – erster Schritt ist getan



... von Guido Roos, CVP, Wolhusen

Bildung ist die wichtigste Ressource in unserem Land und der grösste Ausgabenposten in den Rechnungen von Kanton und Gemeinden. Der Kanton schreibt den Gemeinden in der Volksschulbildung fast alles vor, beteiligt sich jedoch nur mit 25 Prozent an den Kosten. Seit Jahren fordert der Kantonsrat, dass der Kanton seinen Beitrag erhöht, am besten auf 50 Prozent. Der Regierungsrat hat zwei Varianten, 30/70 und 50/50, durchgerechnet. Für mich war schon immer klar, für unsere kinderreichen Gemeinden kommt nur die Variante 50/50 in Frage. Damit kann endlich die Steuerschere zwischen den «Tiefsteuer-Gemeinden» und unseren Gemeinden mit hohen Steuerfüssen verkleinert werden. Das wäre gerecht und ist für die Entwicklung unserer Region dringend nötig. Entsprechend war ich sehr erfreut, dass aus fast allen politischen Lagern die Voten Richtung Kostenteiler 50/50 kamen.

Die Erhöhung des Kantonsbeitrages von 25 auf 50 würde für den Kanton jährlich zusätzliche Ausgaben von 133 Mio. Franken auslösen. Kurzfristig sieht der Regierungsrat keine tauglichen Finanzierungsmöglichkeiten. Er schlägt vor, dass diese mögliche Anpassung des Kostenteilers in der soeben gestarteten Finanz- und Aufgabenreform 2018 gelöst wird. Der Kantonsrat hat mit grosser

Mehrheit dem Planungsbericht in diesem Sinne zugestimmt. Für mich ist klar: Ein erster wichtiger Schritt hin zu einer gerechten Verteilung der Bildungskosten ist gemacht.

Schuleintritt – Stichtag geändert

Unbestritten – und aus Sicht von Jugendlichen, Eltern und Wirtschaft sehr begrüssenswert – war der Entscheid zur Änderung des Stichtages für den Schuleintritt. Dieser wurde vom 1. November auf den 31. Juli verlegt. Damit wird sichergestellt, dass Schulabgänger bei Lehrbeginn mindestens 15 Jahre alt sind.

Anpassungsbedarf hat im Gesetz zur Volksschulbildung auch die Führungsstruktur der Volksschulen. Man war sich im Rat einig, dass die Schulpflege in Bildungskommission umbenannt wird. Bezüglich Aufgaben und Kompetenzen der Bildungskommission wurde eine intensive und langatmige Debatte geführt. Schliesslich übernahm der Kantonsrat die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung: die «Bildungskommission mit Entscheidungskompetenz» soll in den Gemeinden zum Normalfall werden. Das Modell «Beratende Bildungskommission», bei welchem die Entscheidungskompetenz beim Gemeinderat liegt, ist jedoch weiterhin möglich. Bei diesem Modell wird die Bildungskommission lediglich für strategische Fragen vom Gemeinderat beratend beigezogen.

Anschluss nicht verpassen

Mit der Realisierung der Neat laufen die Zentralschweiz und Luzern Gefahr, im nationalen und internationalen Schienennetz ins Abseits gestellt zu werden.

Der Kopfbahnhof Luzern hat seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Lösung Durchgangstiefbahnhof sieht einen Tunnel ab Ebikon, einen viergleisigen unterirdischen Bahnhof und einen Tunnel unter der Neustadt vor. Der Kantonsrat hat dem vorliegenden Planungsbericht mit 93 zu 18 zugestimmt. Mit dieser deutlichen Zustimmung hat er ein starkes Zeichen gesetzt. Das Zeichen geht nach Bundesbern, sind doch Bahninfrastrukturprojekte dieser Art seit 2014 Sache des Bundes.

Und was bringt das unserer Region? Mit dem Durchgangstiefbahnhof wird das Nadelöhr Gütschtunnel behoben. Dies wird uns eine dritte stündliche Verbindung aus unserer Region ermöglichen. Damit und mit verbesserten Anschlüssen in Luzern wird unsere Region als Standort zum Wohnen und Arbeiten deutlich attraktiver. Jetzt hoffe ich, dass der Bund die Zeichen aus Luzern wahrnimmt und sich unsere National- und Ständeräte kräftig dafür einsetzen.

Jagdthemen vertagt

Auf der Traktandenliste standen auch mehrere Vorstösse aus dem Bereich Jagd. Aus Zeitgründen mussten diese leider auf die nächste Session verschoben werden. Ich bin zuversichtlich, dass mein Postulat zur Überarbeitung des Jagdgesetzes dann als erheblich überwiesen wird, damit unser Jagdgesetz endlich in die richtige Richtung überarbeitet wird.

In der EA-Rubrik «Eindrücke aus dem Kantonsrat» kommen die Gewählten aus dem Wahlkreis Entlebuch im Turnus zu Wort. Von der März-Session wird Guido Bucher (FDP, Flühl) berichten.

Der Kantonsrat hat im Weiteren...

... der neuen Kantonsrätin Sara Agner (SP, Dagmersellen) das Gelübde abgenommen. Agner folgt auf Martin Krummenacher (SP, Willisau), der vom Amt zurückgetreten ist. Verabschiedet wurde ferner Michèle Bucher, (Grüne, Luzern).

... den Planungsbericht zur Projektierung und Realisierung des Durchgangsbahnhofes Luzern behandelt und mit 93 zu 18 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen (Bericht im EA vom Dienstag).

... mit 82 zu 21 Stimmen 8,6 Millionen Franken gesprochen, damit der Kanton Luzern seine beiden Rechenzentren an einen neuen Standort verlegen und diese zehn Jahre lang betreiben kann (Bericht im EA vom Dienstag).

... in zweiter Lesung mit 91 zu 0 Stimmen das Schulbetriebs- und Konkursrecht dahingehend angepasst, dass Sozialdienste und Hilfsorganisationen bei der Schuldensanierung von Privaten künftig als Sachwalter agieren können.

... den Kantonsratsbeschluss zur Vereinigung der Personalkorporationen Etzelwil, Schlierbach und Wetzwil auf den 1. Januar 2017 mit 87 zu 0 Stimmen genehmigt.

... die Abrechnung über den Neubau der Kantonsstrasse in Sempach Station mit 83 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Das Projekt, bei dem eine Barriere mit einer Bahnüberführung ersetzt wurde, konnte um sechs Millionen Franken billiger realisiert werden als geplant. Es kostete noch 16 Millionen Franken.

... eine dringliche Anfrage von Hans Stutz (Grüne, Luzern) über die Folgen der Durchsetzungsiniziativa für den Kanton Luzern besprochen. Dabei ging es vor allem um den Mehraufwand, der die Initiative dem Kanton verursachen

konnte und um mögliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.

... den Planungsbericht zur Aufteilung der Volksschulkosten zwischen Kanton und Gemeinden mit 85 zu 20 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vorlage mit 93 zu 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen gutgeheissen. Heute zahlt der Kanton 25 Prozent der Kosten. Da ein neuer Teiler grosse finanzielle Auswirkungen habe, solle das Thema einer umfassenden Prüfung im Rahmen der Aufgaben- und Finanzreform 2018 unterzogen werden.

... eine Anfrage von Jacquelin Mennel (SP, Emmenbrücke) zur Finanzierung der Wirtschaftsfakultät besprochen. Die bürgerlichen Fraktionen hatten dabei im Gegensatz zur Ratslinken keine Einwände dagegen, dass die Universität zum Aufbau der Wirtschaftsfakultät im geringen Masse auch Eigenkapital einsetzt.

... ein Postulat von Robi Arnold (SVP, Mehlsecken), das Deutschtests für nicht deutschsprachige Mitarbeiter im Luzerner Kantonsspital und in der Luzerner Psychiatrie forderte, mit 80 zu 25 Stimmen verworfen.

... ein Postulat von Giorgio Pardini (SP, Luzern) zur Offenlegung von Kaderlöhnen und Verwaltungshonoraren mit 89 zu 18 Stimmen gutgeheissen. Betroffen davon sind ausgelagerte Betriebe und Anstalten des Kantons.

... nicht über die Anfrage von Vroni Thalman (SVP, Flühl) betreffend «Abschluss des Urner Wolfs auch auf Luzerner Boden» diskutiert; der Regierungsrat hatte die Anfrage schriftlich beantwortet (siehe EA vom 12. Januar). Thalman war mit den Antwort zufrieden. [sda/EA]